

KVB-Vorstand begrüßt Initiative zur Eindämmung des Einflusses von Finanzinvestoren

München, 18. Januar 2023: Mit Genugtuung hat der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) auf jüngste Aussagen von Bundesgesundheitsminister Professor Karl Lauterbach reagiert, dem nahezu ungehinderten Eindringen von renditeorientierten Investoren in die ambulante Versorgung endlich einen Riegel vorschieben zu wollen. Auch die Bundesärztekammer hatte in der vergangenen Woche ein Positionspapier zur Begrenzung der Übernahme von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) durch fachfremde Finanzinvestoren vorgelegt. Der Vorstand der KVB beschäftigt sich seit vielen Jahren intensiv mit der Thematik und hatte im Auftrag der Vertreterversammlung der KVB mittlerweile mehrere Gutachten erstellen lassen, die allen Interessierten auf der Internetseite der KVB in der Rubrik Über uns / Gesundheitspolitik zur Verfügung stehen.

Der Vorstand der KVB – Dr. Wolfgang Krombholz, Dr. Pedro Schmelz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – erklärte dazu: „Endlich tut sich was in Berlin. Die jahrelangen Vorarbeiten, die wir mit zahlreichen Gutachten und Analysen, konkreten Gesetzesvorschlägen und nicht zuletzt mit der permanenten Unterstützung des bayerischen Gesundheitsministers Klaus Holetschek geleistet haben, scheinen jetzt zu fruchten. Der Bundesgesundheitsminister bezeichnet sich selbst als ‚Freund der Evidenz‘. Wir sind froh, dass Herr Lauterbach dieses Mal auf empirische Evidenz und Fakten gehört hat. Er hat recht, wenn er sagt, dass internationale Finanzinvestoren Vertragsarztsitze in Deutschland zu Höchstpreisen aufkaufen – mit nur einem Ziel: Sie möglichst gewinnbringend in investorengetragene MVZ (iMVZ) einzugliedern und anschließend gewinnbringend weiter zu verkaufen. Langfristig fügt eine solche Entwicklung unserem solidarischen Gesundheitssystem großen Schaden zu, die Gesundheit der Menschen wird so zum Spekulationsobjekt.“

Das Eindringen von kapitalstarken Investoren aus dem In- und Ausland führt aus Sicht des Vorstands der KVB dazu, dass junge Ärztinnen und Ärzte, die in der ambulanten Versorgung dringend benötigt werden, im Wettbewerb um Vertragsarztsitze chancenlos gegen die Gesellschafter von iMVZ sind. In letzter Konsequenz seien für die Patientinnen und Patienten damit Einschränkungen der freien Arztwahl und längere Wege in große Zentren von Praxisketten verbunden. Wenn die Aussagen des Bundesgesundheitsministers keine Lippenbekenntnisse sein sollen, dann ist von der Bundespolitik jetzt rasches und konsequentes Handeln gefordert, so der Vorstand der KVB.

Pressestelle der KVB
Telefon: 0 89 / 5 70 93 - 2192
Fax: 0 89 / 5 70 93 - 2195
E-Mail: presse@kvb.de
Internet: www.kvb.de

KVB
Eisenheimerstraße 39
80687 München